



Hauptausschuss

29. Sitzung (öffentlich)

31. Oktober 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

1

Einzelberatungen der Haushaltsansätze, Zuständigkeitsbereich des
Hauptausschusses

Einzelplan 01 Landtag

1

Kap. 01 010 - Landtag

1

Tit. 411 11 - Reisekosten und Freifahrtberechtigung nach dem AbgG NW

1

| | |
|--|---|
| Tit. 411 12 - Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern nach dem AbgG NW | 1 |
| Tit. 425 01 - Vergütungen der Angestellten | 2 |
| Tit. 511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände | 2 |
| Tit. 517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume | 2 |
| Tit. 519 02 - Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen | 3 |
| Tit. 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit des Landtags <u>In Verbindung damit:</u> | |
| Tit. 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung | 4 |
| Tit. 896 10 - Soziale Projektförderung im Ausland | 4 |
| Titelgruppe 63 - G 10 Kommission | 5 |
| Titelgruppe 80 - Parlamentarischer Beratungs- und Gutachterdienst | 5 |
| | |
| Einzelplan 02 Ministerpräsident | 5 |
| | |
| Vorwort <u>In Verbindung damit:</u> | |
| Neubau des Regierungsviertels | 6 |
| Kap. 02 010 Ministerpräsident | 7 |
| Tit. 531 30 Planung und Durchführung von NRW-Festen | 7 |
| Titelgruppe 61 - Kommunikationsmanagement - Call Center - | 7 |
| Tit. 531 61 - Öffentlichkeitsarbeit | 7 |
| Kap. 02 020 - Allgemeine Bewilligungen | 8 |
| Tit. 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH | 8 |
| Kap. 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen | 8 |

Einzelplan 15 Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

9

*(keine Diskussion)***2 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Einrichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen**

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/2991

9

Der Ausschuss stimmt dem Antrag zu.

3 Umsetzung der Verfassungs- und Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf Landesebene (s. Anlage 1)

9

Ein Vertreter des Innenministeriums erstattet einen ausführlichen Bericht.

Diskussion

4 Verschiedenes

13

a) Berlinbesuch des Ausschusses am 13. und 14. Februar 2003

13

b) Terminplanung für das Jahr 2003 (s. Anlage 2)

14

c) Sitzung des Hauptausschusses am 14. November 2002 in der Akademie der Wissenschaften

14

d) Gespräch mit Paul Spiegel und Hanna Sperling in der Hauptausschusssitzung am 27. November 2002

14

Aus der Diskussion**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

Einzelberatungen der Haushaltsansätze, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 Landtag**Kap. 01 010 - Landtag****Tit. 411 11 - Reisekosten und Freifahrtberechtigung nach dem AbgG NW**

Werner Jostmeier (CDU) bezieht sich auf die letztjährige ausführliche Diskussion zu diesem Thema und die schriftliche Auskunft der Verwaltung vom 6. Dezember 2002, eine Ausweitung der Freifahrtberechtigung auf die Bundeshauptstadt Berlin, wie in einigen anderen Bundesländern inzwischen Praxis, erzeugte Mehrausgaben in Höhe von rd. 80.000 €. Sollte sich an diesen Berechnungen nichts geändert haben, plädiere er vor dem Hintergrund des Spargebotes dafür, auf eine solche Ergänzung der Berechtigung zu verzichten. Sie käme, wenngleich wünschenswert, nur bei Kostenneutralität in Betracht.

Nach den Worten des **Direktors beim Landtag Peter Jeromin** ist die Situation unverändert. Er biete an, mit der Deutschen Bahn AG nochmals in einen Dialog einzutreten, doch sehe er wenig Chancen für einen Preisnachlass.

Tit. 411 12 - Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern nach dem AbgG NW

Nicht nachvollziehbar ist **Werner Jostmeier (CDU)** die Begründung der Steigerung der diesbezüglichen Ausgaben um 7,5 % mit linearen Gehaltssteigerungen, die seines Wissens nur bei 1 bis 2 % lägen.

Die Ansatzserhöhung erklärt der **Direktor beim Landtag Peter Jeromin** mit der gegenüber dem Jahr 2002 vorgesehenen Vollveranschlagung und der Einbeziehung einer Tariferhöhung von 2 %.

Hauptausschuss
29. Sitzung (öffentlich)

31.10.2002
ni-beh

Tit. 425 01 - Vergütungen der Angestellten

Zur Realisierung von drei kw-Vermerken und der Absenkung des Ansatzes um 174.000 € erläutert **MR Donath (Landtagsverwaltung)**, bei einer Stelle handele es sich um eine der SPD-Fraktion früher zugewiesene und durch Ausscheiden der Mitarbeiterin frei gewordene Stelle sowie zwei durch die damalige Organisationsuntersuchung kw-belastete Stellen der Landtagsverwaltung, davon eine dem Personalreferat und eine ehemals dem Organisationsreferat zugeordnete.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) schlägt vor, eventuell auf die Umsetzung eines kw-Vermerks zu verzichten, damit eine Stelle zu erhalten und sie für die in der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer andiskutierte notwendige verstärkte Unterstützung der Abgeordneten im Bereich der Datenverarbeitung zu nutzen.

Carina Gödecke (SPD) empfiehlt, zunächst die von den Parlamentarischen Geschäftsführern erarbeitete Konzeption abzuwarten.

Der **Direktor beim Landtag Peter Jeromin** sagt zu, für die angesprochene Ausweitung des Serviceangebotes eine Lösung zu finden.

Tit. 511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Werner Jostmeier (CDU) merkt an, der Pressespiegel sollte in seiner jetzigen Form erhalten bleiben.

Tit. 517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Werner Jostmeier (CDU) erinnert an den dem Präsidenten von den Fraktionen einhellig gespendeten Beifall für die verkündete Absicht, eine häufige Inanspruchnahme der Villa Horion auch durch Arbeitskreise, Gruppen etc. anzustreben. Allerdings führe zurzeit das Zugangssystem - normalerweise müsse ein Pfortner aus dem Hauptgebäude extra in die Villa herübergehen, um die Besucher einzulassen - noch zu Komplikationen. Er bitte zu überlegen, ob vielleicht die Möglichkeit bestehe, Besucher, auch wenn sie die Villa kurzfristig nutzen wollten, mit einer Codekarte auszustatten. Nicht in Betracht komme hingegen wegen der damit verbundenen Kosten der Einsatz eines zusätzlichen Pfortners.

Außerdem interessierten ihn die Ursachen für die 10 %ige Erhöhung des Ansatzes.

Die Kostensteigerungen basieren nach Auskunft des **Direktors beim Landtag Peter Jeromin** in erster Linie auf einem Anstieg der Energiekosten. Jedoch entfalle nur der geringste Teil davon auf die Villa.

Hauptausschuss
29. Sitzung (öffentlich)

31.10.2002
ni-beh

Was den Zugang anbelange, wolle man überprüfen, inwieweit die Ausgabe von Codekarten geeignet erscheine bzw. die Abgeordneten ausweise den gewünschten Zweck erfüllen könnten. Den in der Villa Beschäftigten diene ihre Hausausweise zur Türöffnung. Besucher hätten im Augenblick Zugang über die im ersten Stock des Gebäudes untergebrachte Geschäftsstelle des Petitionsreferates. Bei größeren Veranstaltungen Sorge ein Pförtner des Landtags für die notwendigen Voraussetzungen. Und auch für Abgeordnete, die beabsichtigten, die Villa ohne lange Voranmeldung für Sitzungen etc. aufzusuchen, werde ein problemloser Zugang organisiert.

Tit. 519 02 - Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen

Werner Jostmeier (CDU) erkundigt sich, ob ein zwingendes Erfordernis existiere, die laut Erläuterungsband immerhin mit 1 Millionen € veranschlagte Umgestaltung der Eingangshalle tatsächlich zu realisieren.

Direktor beim Landtag Peter Jeromin wirbt unter zwei Aspekten für die beabsichtigte Maßnahme: der Gewährleistung auf der einen Seite einer dem Landtag angemessenen und auf der anderen den gewachsenen Sicherheitsbedürfnissen gerecht werdenden Empfangssituation. Beide Gesichtspunkte in Übereinstimmung zu bringen, bei starkem Besucherandrang zwangsläufig auftretende Mängel zu beseitigen und den Gästen einen größeren Service zu bieten mache umfangreiche Arbeiten notwendig. Bei der Planung des Gebäudes vor fast zwei Jahrzehnten habe niemand mit einer derart großen Frequentierung des Hauses gerechnet, sodass sich heute Engpässe insbesondere an Plenartagen zeigten.

Auch die Enge in der Pförtnerloge trage unvermeidbar zu Schwierigkeiten bei.

Vor diesem Hintergrund habe das Präsidium im letzten Jahr den Auftrag erteilt, den Bereich neu zu konzipieren. Planungsgespräche liefen zurzeit mit dem in solche Überlegungen einbeziehenden Architekten des Landtags, Prof. Eller. Ob die Ausführung eines solches Projektes letztendlich über Prof. Eller erfolgen werde, bleibe abzuwarten.

Mit der Vorlage von Planungen rechne er im ersten Quartal des Jahres 2003, sodass die zuständigen Gremien dann über das Ob und Wie einer Veränderung entscheiden könnten. Den Beginn der Baumaßnahmen visiere man ebenfalls für 2003 an, den Abschluss für das Jahr 2004 - immer unter Berücksichtigung der Tatsache, den Zeitplan des Landtags nicht stören zu dürfen und deshalb den Ausbau in Stufen vornehmen zu müssen.

Tit. 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit des Landtags

In Verbindung damit:

Tit. 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung

Werner Jostmeier (CDU) kommt auf die schon geführte Diskussion zur Anschaffung von 20 Farblaserdruckern für 100.000 € und den Kauf von EDV-Komponenten im Wert von 500.000 € zu sprechen und bezeichnet die von der Verwaltung dazu gegebenen Erklärungen nochmals ausdrücklich als in Ordnung.

Als ebenso akzeptabel beurteilt Werner Jostmeier die Art und Weise, wie die Landtagsverwaltung nach Lösungen in Sachen "Homepage von Abgeordneten über separate Server" suche. Falls sich stellenplanmäßig etwas konkretisiere, wäre es allerdings gut, wüsste nicht nur der Kreis der Parlamentarischen Geschäftsführer davon.

Anmerken wolle er, ob es sich, was den Internetauftritt des Landtags anbelange, mit der parteipolitischen Neutralität der Landtagsverwaltung vereinbaren lasse, wenn kurz vor der Bundestagswahl auf der Startseite des Landtags für die Hartz-Kommission geworben werde.

Hinter der Einstellung der Ergebnisse der Hartz-Kommission in das Internetangebot hat nach den Worten des **Direktors beim Landtag Peter Jeromin** bei der Landtagsverwaltung, die sich immer um vollständige Neutralität bemühe, sicherlich nicht der Gedanke gestanden, die Bundestagswahl zu beeinflussen. Vielmehr beruhe dieser Schritt auf einem sehr großen Interesse an dem Hartz-Papier und zahlreichen Anfragen an die Verwaltung nach dem Text. Um hier einem vielfach geäußerten Wunsch mit einem besseren Service gerecht zu werden habe man einen erleichterten Zugriff geschaffen.

Tit. 896 10 - Soziale Projektförderung im Ausland

Marianne Thomann-Stahl (FDP) erinnert daran, dass die ursprünglich zur Förderung eines Frauenhausprojektes im Nahen Osten vorgesehenen Mittel schon im letzten Jahr nicht abgeflossen seien, was es in der Konsequenz nahe lege, diesen Ansatz entweder ganz zu streichen oder aber die Gelder einem anderen Projekt zur Verfügung zu stellen.

Direktor beim Landtag Peter Jeromin plädiert in der Hoffnung auf eine Verbesserung der politischen Lage im Nahen Osten für eine Beibehaltung des Ansatzes.

Titelgruppe 63 - G 10 Kommission

Auf einen Hinweis des **Lothar Hegemann (CDU)** eingehend erläutert **Direktor beim Landtag Peter Jeromin**, selbstverständlich sei die notwendige Assistenz der Kommission trotz des Nullansatzes gewährleistet, und zwar durch Überbrückungsmaßnahmen, um im Laufe des Jahres 2003 den aufgrund der kürzlich erfolgten Gesetzesnovellierung vermutlich steigenden Assistenzbedarf in seinem tatsächlichen Umfang auszuloten.

Titelgruppe 80 - Parlamentarischer Beratungs- und Gutachterdienst

Werner Jostmeier (CDU) bezieht sich auf die Zweijahresstatistik des Dienstes und die darin ablesbare Inanspruchnahme von dessen Tätigkeit zu 63 % durch die Regierungsfractionen. Ihn interessiere, inwiefern es Kriterien gebe, die ein nicht sachgerechtes Vorgehen des Gutachterdienstes bei der Annahme bzw. Ablehnung von Aufträgen ausschließen; er wisse um einige Fälle, in denen sich Abgeordnetenkollegen nicht so gut behandelt gefühlt hätten.

Nach den einschlägigen Kriterien hat der Gutachterdienst, wie der **Direktor beim Landtag Peter Jeromin** erläutert, das Prinzip der Neutralität zu wahren. Das Verhältnis der Inanspruchnahme umzukehren liege in der Hand der Fraktionen.

Bezüglich der Kapazität des Dienstes und des erwähnten Falles - der Absicht, ihm die Erstellung eines umfangreichen Gutachtens für die Enquetekommission "Zukunft der Pflege in Nordrhein-Westfalen" zu übertragen - gelte es zu bedenken, dass einerseits die 3,5 Kräfte des Gutachterdienstes vielfache Aufgaben zu erledigen hätten und andererseits jede Enquetekommission nur für ihren Bedarf über zwei wissenschaftliche Mitarbeiter der Landtagsverwaltung verfüge.

Vorsitzender Edgar Moron rät dazu, dieses Thema unter den Obleuten und nicht notwendigerweise im großen Kreis zu besprechen. Die Frage von Werner Jostmeier verstehe er im Übrigen nicht als Vorwurf.

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Vorsitzender Edgar Moron verweist auf die schriftlichen Vorlagen 13/1755 des Ministerpräsidenten und 13/1751 des Finanzministers sowie auf die auf den Seiten 5 bis 14 der Ergänzungsvorlage Drucksache 13/3150 enthaltenen Veränderungen des Einzelplans 02. Unter anderem solle sich der Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH um 700.000 € verringern.

Vorwort

In Verbindung damit:

Neubau des Regierungsviertels

Werner Jostmeier (CDU) kritisiert die eineinhalbseitige Vorlage des Finanzministers als einer Konzeption, wie sie seine Fraktion verstehe, in keinster Weise gerecht werdend. Und entgegen der bisherigen Annahme, die in den "Ausgaben für Investitionen" enthaltenen "landeseigenen Hochbaumaßnahmen" bezögen sich nur auf einen Neubau, nämlich den für das MSWKS des Ministers Dr. Vesper, stehe laut des Schreibens des Finanzministers nunmehr offenbar auch der "Höhn-Tower" wieder zur Debatte.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Ungewissheiten mahne er nochmals ein von allen Fraktionen mehrfach gefordertes Gesamtkonzept an.

Vorsitzender Edgar Moron zitiert den vorletzten Absatz der Vorlage, der da laute: "Für den seinerzeit - auch parlamentarisch - diskutierten Rundturm neben dem IM hat der BLB NRW der Landesregierung bislang kein Mietangebot übermittelt. Die Landesregierung hat im Haushaltsentwurf 2003 selber keine Vorkehrungen beschlossen." Dies heiße für ihn: Keine konkreten Planungen, aber vielleicht irgendwann entsprechende Überlegungen.

MDgt Nebe (StK) knüpft an die Ausführungen des Vertreters des Finanzministers in der letzten Sitzung des Ausschusses an: Eine grundlegende Konzeption betrachte die Landesregierung erst dann als erforderlich, wenn es um konkrete Veränderungen und damit entsprechende Anmeldungen zum Haushalt für über die den Abgeordneten bekannten Planungen betreffend das MSWKS und das MSWF hinausreichende Vorhaben gehe.

Bei der erwähnten und mit rd. 250.000 € veranschlagten Maßnahme handele es sich ausschließlich um den auf S. 114 ausgewiesenen Restbetrag für den Neubau der Landesvertretung NRW in Berlin - Kap. 02 100, Tit. 713 00.

Werner Jostmeier (CDU) hält die Absicht, den Hauptausschuss erst in dem gerade skizzierten späten Stadium, nämlich der Veranschlagung der Gelder im Haushalt, zu beteiligen, für verfehlt und als nicht hinnehmbar, und dies erst recht, vergleiche man dieses Handeln mit den der Entscheidung des Bundesrates, nach Berlin überzusiedeln, folgenden ausführlichen Debatten im Hauptausschuss. In gleicher Weise verlangten die Fraktionen im Interesse des Bürgers zu erfahren, was die derzeitige, die gewünschte bzw. geplante Unterbringung der Landesregierung koste, um auf dieser Grundlage über die Pläne zu befinden.

Kap. 02 010 - Ministerpräsident**Tit. 531 30 - Planung und Durchführung von NRW-Festen**

Werner Jostmeier (CDU) erinnert an die tatsächlichen Ausgaben für die diesjährige NRW-Mediennacht von 750.000 € und verbindet damit die Frage nach eventuellen Einsparungen an anderer Stelle.

StS'in Dr. Meckel (StK) betont, die Mediennacht sei selbstverständlich nicht über diesen Titel, sondern mit Sponsorengeldern finanziert worden; nichts anderes beabsichtige man im Jahre 2003.

Die Mittel des in Rede stehenden Titels dienen hingegen im Wesentlichen für Finanzierungen im Zusammenhang mit der Sommertour des Ministerpräsidenten, bei der er zusammen mit den kirchlichen Hilfswerken Spenden für einen karitativen Zweck einwerbe.

MDgt Nebe (StK) ergänzt, finanziert würden die jeweils die kulturelle Identität des Landes teils, den der Ministerpräsident bereise, widerspiegelnden Veranstaltungen.

Entnommen habe man diesem Titel allerdings - dies erkläre die sehr hohe Ist-Ausgabe 2001 - die durch die aufgrund der Ereignisse des 11. September bereits entstandenen Kosten für die dann nicht durchgeführte Mediennacht.

Titelgruppe 61 - Kommunikationsmanagement - Call Center -**Tit. 531 61 - Öffentlichkeitsarbeit**

Werner Jostmeier (CDU) fordert, wie schon in den vergangenen Jahren, die Nennung der Gesamtsumme der für die Öffentlichkeitsarbeit verwandten Mittel. Die Staatskanzlei habe mit Schreiben vom 8. Oktober lediglich eine Übersicht über die jeweils gedruckten Exemplare einer Information, die ins Auge gefasste Zielgruppe etc. herausgegeben.

StS'in Dr. Meckel (StK) rät dazu, die einzelnen Positionen der besagten Aufstellung zu ad-dieren.

Kap. 02 020 - Allgemeine Bewilligungen**Tit. 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH**

Werner Jostmeier (CDU) wiederholt die von seiner Fraktion geübte Kritik an der Projekt Ruhr GmbH als augenscheinlich Fass ohne Boden und die schon vorgetragene Auffassung der CDU-Fraktion, nach einer Lösung gemeinsam mit dem KVR zu suchen.

Ihn interessiere, wo sich die Ansatzsteigerung im Wirtschaftsplan der GmbH wiederfinde und wie sie sich begründe.

Die Steigerung basiert nach Angaben von **MDgt Nebe (StK)** nicht auf angewachsenen Ausgaben der Projekt Ruhr GmbH für den Stammhaushalt - für Personal, Verwaltung oder Projektförderung. Allerdings zeichne sich ab, dass die zur Finanzierung des Stammhaushalts in den Haushalt seinerzeit eingestellte Sonderrücklage von 30 Millionen in 2003 nicht mehr vollständig ausreiche, da sie in den vergangenen Jahren verbraucht worden sei. Für die Landesregierung böten sich zwei Alternativen: erneut die Einrichtung einer Sonderrücklage, um daraus in den nächsten Jahren den Stammhaushalt zu finanzieren, oder - dafür habe man sich entschieden - den Rest der Rücklage zu nutzen, aber keine neue zu bilden, sondern die sich aus dem Wirtschaftsplan jährlich ergebenden Personal- und Verwaltungskosten durch jeweils neu zu veranschlagende Mittel zu finanzieren. Nicht zuletzt zeige nämlich der Finanzminister wenig Neigung, weitere, seiner Bewirtschaftung entzogene Sonderrücklagen aufzubauen. Tatsächlich bewege sich also der Stammhaushalt in der Größenordnung des Vorjahres.

Auf die Bitte von **Joachim Schultz-Tornau (FDP)**, den Mitgliedern des Verkehrsausschusses zügig das von der Projekt Ruhr initiierte, seit August vorliegende Gutachten zum CargoCap zuzuleiten - der Verkehrsausschuss begleite dieses mit nicht unerheblichen Mitteln geförderte Vorhaben sehr wohlwollend -, erwidert **MDgt Nebe (StK)**, das Gutachten werde am 3. Dezember im Aufsichtsrat der Projekt Ruhr erstmalig beraten. Anschließend könne es dem Verkehrsausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Kap. 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Abteilungsleiter Dr. Krüger-Charlé (StK) wendet sich der Frage von **Werner Jostmeier (CDU)** nach dem Wann und Wie der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu. - Der Hauptausschuss werde vor Ende des Jahres ein Papier bekommen, aus dem sich ablesen lasse, nach welchen Maßstäben und in welchem Rahmen eventuell auch in finanzieller Hinsicht das Wissenschaftszentrum, basierend auf den Ergebnissen der durch den Wissenschaftsrat durchgeführten Evaluierung, neu strukturiert werde. Er bitte aber um Verständnis, wenn sich die Staatskanzlei in Bezug auf Details noch zurückhalte, um diese zunächst einmal mit den Instituten zu erörtern.

Was das Wuppertal Institut betreffe, so rechne er damit, Ende November/Anfang Dezember bereits die Resultate des Umstrukturierungsprozesses präsentieren zu können.

Einzelplan 15 Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

(keine Diskussion)

2 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Einrichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/2991

Der Ausschuss stimmt dem Antrag zu.

3 Umsetzung der Verfassungs- und Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf Landesebene (s. Anlage 1)

Werner Jostmeier (CDU) moniert die unfaire Art und Weise der Behandlung dieses Themas durch die Koalitionsfraktionen im Plenum. So habe Innenminister Dr. Behrens der CDU-Fraktion in seiner Plenarrede zu Unrecht vorgeworfen, diese wollte sich quasi dadurch, dass sie Fragen stellte, still und leise von dem Instrument "Volksinitiative" verabschieden; und das vor dem Hintergrund, dass gerade die CDU-Fraktion sich gegen den Widerstand der SPD-Fraktion für mehr Bürgerbeteiligung stark gemacht habe.

Allerdings räume er ein, sich im Laufe des seinerzeitigen Beratungsverfahrens nicht nach den Kosten, den verfahrensmäßigen Notwendigkeiten und möglichen Komplikationen erkundigt zu haben.

MR Dr. Schoenemann (IM) berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf die drei schriftlich gestellten Fragen und dann auf einige weitere Aspekte eingehen.

Die erste Frage bezieht sich ersichtlich auf unseren Einführungserlass vom 11. September 2002. Dieser Erlass umfasst 15 Textseiten - nicht, wie gesagt worden ist, 17 ½, von denen neun das eigentliche Verfahren betreffen. Die ersten beiden Seiten geben den Wortlaut des Gegenstandes der politischen Willensbildung, auf den die Volksinitiative



Werner Jostmeier MdL

Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im
Hauptausschuss

Landtag NRW Werner Jostmeier MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Herrn Edgar Moron MdL

im Hause

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 2346
Telefax (0211) 884 – 3341

eMail: jostmeier@landtag.nrw.de
internet: www.jostmeier.de

Düsseldorf, 24.10.02

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Rahmen des von der CDU-Fraktion für die Sitzung des Hauptausschusses am
31.10.02 beantragten Tagesordnungspunktes

**„Umsetzung der Verfassungs- und Gesetzesänderungen
zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf Landesebene“**

bitte ich im wesentlichen um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ob und inwieweit ist ein derart umfassender Erlass mit dezidierten Vorgaben notwendig, um das Verfahren für eine Volksinitiative auf der Basis des Ausführungsgesetzes zu konkretisieren?
2. Sind die vom Innenministerium geschätzten Kosten in Höhe von fünf Millionen Euro angemessen?
3. Inwieweit ist die Behauptung zutreffend, dass den Kommunen die entstehenden Kosten nicht vollständig erstattet werden?

Weitere Fragen können sich im Verlauf der Sitzung ergeben.

Ich bitte dazu um einen Bericht des Innenministers.

Mit freundlichem Gruß

Werner Jostmeier

f.d.R.

Ruth Riedler

Sitzungstermine im Hauptausschuss

TERMINPLAN 2003
- 1. Jahreshälfte -

| | M | D | M | D | F | Sa | So | |
|---------|-----|----|----|----|----|------|-----|-------------------|
| Januar | | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5] |) Weihnachtspause |
| | 6) | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |) Sitzungswoche |
| | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 |) - " - |
| | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 |) - " - |
| Februar | [27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 1 | 2] |) sitzungsfrei |
| | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |) Sitzungswoche |
| | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |) - " - |
| | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 |) - " - |
| März | [24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 1 | 2 |) sitzungsfrei |
| | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8] | 9 |) - " - |
| | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |) Sitzungswoche |
| | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 |) - " - |
| April | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 |) - " - |
| | 31 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |) - " - |
| | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | [13 |) - " - |
| | (14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 |) sitzungsfrei |
| Mai | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26)] | 27 |) - " - |
| | 28 | 29 | 30 | 1 | 2 | 3 | 4 |) Sitzungswoche |
| | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |) - " - |
| | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 |) - " - |
| Juni | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 |) - " - |
| | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 1 |) - " - |
| | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |) - " - |
| | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |) - " - |
| | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 |) - " - |
| | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 |) - " - |

- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien / _ = Bundesrat
- [] = sitzungsfrei
- = Sitzungstermin HPA

TERMINPLAN 2003

- 2. Jahreshälfte -

| | M | D | M | D | F | Sa | So | |
|-----------|------|----|----|-----|------|-----|-----|-----------------------------------|
| Juli | 30 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |) Sitzungswoche |
| | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 |) - " - |
| | [14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 |) Sommerpause |
| August | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 |) vom 14.07.2003 |
| | 28 | 29 | 30 | (31 | 1 | 2 | 3 |) bis 14.09.2003 |
| | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |) sitzungsfrei |
| | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |) - " - |
| | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 |) - " - |
| September | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 |) - " - |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |) - " - |
| | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13) | 14] |) - " - |
| | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 |) Sitzungswoche |
| | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 |) 1. Lsg. Einbr. + Berat. HG 2004 |
| Oktober | 29 | 30 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |) - " - |
| | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |) - " - |
| | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 |) - " - |
| | [(20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 |) sitzungsfrei |
| November | 27 | 28 | 29 | 30 | 31)] | 1 | 2 |) - " - |
| | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |) Sitzungswoche |
| | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 |) - " - |
| | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 |) - " - |
| | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 |) - " - |
| Dezember | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |) - " - |
| | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |) 2. Lsg. HG 2004 |
| | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 |) 3. Lsg. HG 2004 |
| | [(22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 |) Weihnachtspause |
| | 29 | 30 | 31 | | | | |) v.22.12.03 - 06.01.04 |

- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien / _ = Bundesrat
- [] = sitzungsfrei
- = Sitzungstermin HPA